

oder Ortsmitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen.

Die Wahlbewerber/innen für die Gemeindevertretungen werden von den Ortsgruppen aufgestellt.

Die Wahlkreisvorschläge für Bundestag und Landtage werden durch die zuständigen Ortsgruppen im Benehmen mit der Landesleitung bzw. dem Zentralkomitee beschlossen.

Die Landeswahlvorschläge werden von den Landesverbänden in Absprache mit dem Zentralkomitee aufgestellt.

Die Abstimmung über die Wahlvorschläge ist geheim.

9. Verschmelzung der VSP mit anderen Parteien und Organisationen, Auflösung der VSP

a. Die Verschmelzung der VSP mit anderen Parteien oder Organisationen kann nur die ZDK der VSP beschließen. Ebenso die freiwillige Selbstauflösung der VSP. Der Beschluß über die Verschmelzung muß mit einer 2/3-Mehrheit, der Beschluß zur freiwilligen Selbstauflösung muß mit einer 3/4-Mehrheit von der ZDK gefaßt werden. Die letzte ZDK der VSP befindet dann auch über die Verwendung des Vermögens der Partei.

b. Der Beschluß der ZDK über die Verschmelzung der VSP mit anderen Organisationen bzw. ihre freiwillige Selbstauflösung muß durch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern bestätigt werden. Die Urabstimmung ist innerhalb von 3 Monaten nach Beschluß der ZDK durchzuführen. Der Beschluß zur Verschmelzung bedarf einer 2/3-Mehrheit der Mitglieder, der Beschluß zur freiwilligen Selbstauflösung muß von den Mitgliedern mit einer 3/4-Mehrheit bestätigt werden.

c. Die Durchführung der Urabstimmung wird von der zentralen Schiedskommission mit Unterstützung der Landesschiedskommissionen überwacht.

Selbstverständnis der Vereinigten Sozialistischen Partei

I. Die Zielsetzung der revolutionären Partei

Die Schaffung einer sozialistischen, revolutionären Partei in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin ist eine vordringliche Aufgabe. Diese Partei muß als konsequentester und gegen das Kapital unversöhnlichster Teil der Arbeiterbewegung aufgebaut werden.

1. Wir gehen von der Notwendigkeit aus, den Kapitalismus zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Probleme, vor denen die Arbeiterklasse steht, können nicht anders gelöst werden. Auch die elementaren Lebens- und Überlebensinteressen der Lohnabhängigen sind ohne Verwirklichung dieses Ziels letztlich nicht wirksam zu verteidigen.

Diese Notwendigkeit erschließt sich der Arbeiterklasse nicht automatisch aus dem Erleben der Verfaultheit, Krisenhaftigkeit und Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft oder unmittelbar aus der Erfahrung in den Klassenauseinandersetzungen.

- Das Leben in der kapitalistischen Gesellschaft selbst fördert bürgerliche Anschauungen und bürgerliche Vorstellungen von Krisenlösungen.

• Die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß hervorgerufene und von bürgerlicher Politik geförderte Zersplitterung der Arbeiterklasse verhindert — zumal in »normalen«, nichtrevolutionären Zeiten — daß sich eine Einsicht in das Gesamtinteresse der Klasse spontan durchsetzt.

2. Die Einsicht in die grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge und in das Gesamtinteresse der Klasse ist letztlich nur mit Hilfe der marxistischen Theorie möglich. Aufgrund der unterdrückten Stellung der Lohnabhängigen im Kapitalismus ist es allerdings undenkbar, daß sich die gesamte Arbeiterklasse den wissenschaftlichen Sozialismus auf theoretischem Weg aneignet. Dazu bedarf es der Verarbeitung von Erfahrungen in fortgeschrittenen Klassenauseinandersetzungen und der Vermittlung durch bewußte revolutionär-sozialistische Politik. Das Engagement in den Gewerkschaften reicht dafür nicht aus. Zwar erfaßt eine kleine sozialistische Organisation die vielfältige gesellschaftliche Realität nicht vollständig und muß sich daher als Teil der wirklichen Klassenbewegung aufbauen. Aber es gibt in jedem Stadium die Aufgabe, das allgemeine Klasseninteresse zu formulieren.

3. Wir halten es deshalb für notwendig, daß der klassenbewußteste Teil der Arbeiterbewegung sich in einer Partei zusammenschließt,

- die ihre politische Tätigkeit auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus entfaltet;
- die ihre politische Strategie und Taktik auf die Verarbeitung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung stützt;
- die von der Unvereinbarkeit des Klassengegensatzes von Lohnarbeit und Kapital ausgeht und für die politische Macht der Arbeiterklasse eintritt;
- die auf diesen Grundlagen politische Antworten auf die drängenden FraArbeiterbewegung entwickelt und darum kämpft, sie mit dem Mittel der Überzeugung in der Arbeiterklasse durchzusetzen;
- die die fortschrittlichen Forderungen der Massenbewegungen aufgreift und sie zu einer antikapitalistischen Perspektive bündelt.

4. Ziel und Zweck der revolutionären Partei ist es, die Arbeiterbewegung zu einer erfolgreichen Führung des Klassenkampfes zu befähigen, damit die Arbeiterklasse ihre Interessen gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat durchsetzen und die politische Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Rahmen des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ausüben kann. Dafür muß das Vertrauen in die eigene Kraft, das politische Bewußtsein, die Fähigkeit zur Kritik der bürgerlichen Ideologie und die organisatorische Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse gefördert werden.

Im Kampf gegen alle Auswirkungen der gesellschaftlichen Krise des Kapitalismus braucht die Arbeiterbewegung das Bündnis mit den sozialen Bewegungen ebenso wie diese das Bündnis mit der Arbeiterbewegung benötigen. Die grundlegenden Ziele dieser Bewegungen (weltweiter Friede, Beendigung jeglicher Umweltzerstörung, jeglicher Frauenunterdrückung, jeglicher Diskriminierung von Minderheiten und jeglicher Ausländerfeindlichkeit) können letztlich nur durch dieses Bündnis erreicht werden. Bei ihrem Engagement in den sozialen Bewegungen muß die Arbeiterbewegung berücksichtigen, daß diese sich ihre eigenen Organisationsformen und Führungen schaffen; sie leisten einen eigenständigen Beitrag im Kampf gegen kapitalistische Krise und deren Folgen.

Ziele und Mittel hängen miteinander zusammen. Wir lehnen daher jede Vorstellung eines manipulativen Verhältnisses zwischen Partei und Arbeiterklasse ab. Die Befreiung der Arbeiterinnen und Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Jede Stellvertreterpolitik, bei der sich eine »Vorhut«-Partei (SED, DKP, »linke« Sekten) oder eine Parlamentspartei (SPD) zum alleinigen Träger des politischen Willens erklärt, während die Basis — die Arbeiterklasse — nur als Manövriermasse oder Stimmvieh zur Durchsetzung ihrer Ziele dient, hat mit unserer Auffassung von sozialistischer Politik nichts gemein. In einer revolutionären Partei muß die politische Kultur der angestrebten Gesellschaft erkennbar sein. Sonst wird von ihr und ihren Zielen nicht die Ausstrahlung und Faszination ausgehen, die

nötig ist, damit die große Mehrheit der Arbeiterklasse den Kampf für die grundlegende sozialistische Umwälzung als lohnend erkennt.

II. Notwendigkeit der revolutionären Partei heute

1. Die Vereinigte Sozialistische Partei ist noch nicht diese Partei. Sie ist eine kleine sozialistische, revolutionäre Partei, die ihren Beitrag zur Schaffung einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei leisten will. Sie stellt erst einen kleinen Teil der fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterbewegung und des sozialistisch orientierten Teils der sozialen Bewegung dar.

In einer Situation wie in Westdeutschland und Westberlin, in der nur zaghafte Ansätze einer antikapitalistischen Bewegung und nur eine relativ geringe Zahl revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten zu finden sind, wird von Teilen der politischen Linken bereits dieses Eintreten für eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus als Zeichen politischen Sektierertums gewertet.

Wir halten aber die bewußte, organisierte Zusammenfassung der Kräfte für eine entscheidende Voraussetzung für das Entstehen einer revolutionären Massenpartei. Die Zunahme der Klassenauseinandersetzungen und die politischen Auseinandersetzungen und Differenzierungsprozesse in der Arbeiterbewegung führen nicht von selbst zur Herausbildung dieser Partei. Vielmehr ist ein bewußtes Eingreifen in diese Prozesse notwendig. Die Tätigkeit revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten muß hierauf orientiert sein, um die anstehenden Differenzierungen in der Arbeiterbewegung im Sinne von Einigungs- und Umgruppierungsprozessen zu beeinflussen, aus denen eine revolutionäre Massenpartei hervorgeht.

2. Die VSP geht davon aus, daß sich die ökonomische Krise in Westdeutschland und Westberlin in den nächsten Jahren weiter

verschärfen und vertiefen wird. Auch vorübergehende Konjunkturaufschwünge ändern nichts an der hohen und mittelfristig steigenden Massenerwerbslosigkeit, an der verstärkten Kapitaloffensive zum Zweck weiterer Senkung des Lebensstandards und des weiteren Abbaus der sozialen und demokratischen Errungenschaften der Massen. Die Krisenfolgen haben in den letzten Jahren mehr und mehr die Frage nach der richtigen Antwort der Arbeiterbewegung auf diese Entwicklung aufgeworfen. In dieser Auseinandersetzung muß heute eine sozialistische Politik entfaltet werden, weil

- auch mit der Vertiefung der Krise der politische Einfluß der Reaktion nicht von selbst verschwindet, sondern teilweise sogar gestärkt wird, und verschiedene Teile der internationalen Arbeiterklasse gegeneinander ausgespielt werden (die »Wettbewerbsfähigkeit, unserer Wirtschaft muß gestärkt bzw. erhalten werden«; »die Ausländer sind schuld an Arbeitslosigkeit und Krise«);
- auch die sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen nicht von allein als Folge der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse verschwinden. Ihre Verfechter versuchen sie viel mehr den veränderten Bedingungen von Krisenzeiten anzupassen (»Wir müssen, unsere Industrie stützen«; »Wir brauchen einen neuen Solidar-pakt mit den Unternehmern«).

Die entscheidende Auseinandersetzung in der Arbeiterbewegung kann grob umrissen werden als die zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf. Die Entwicklung glaubwürdiger politischer Alternativen zu den heute noch vorherrschenden Anschauungen entscheidet darüber, ob diese Auseinandersetzung zu einer breiten sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung führen wird. Die revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten müssen sich dabei als nützliche Kraft im Kampf gegen das Kapital erweisen. Ihre politischen Antworten müssen zur Stärkung der klassenkämpferischen Teile der Arbeiterbewegung beitragen und fortgeschrittenere Kampferfahrungen ermöglichen. Die Weichen dafür, ob die Arbeiterbewegung die Krisenentwicklung mit einer breiten antikapitalistischen Strömung beantworten oder in dieser Auseinandersetzung eine schwere Niederlage erleiden wird, werden

heute gestellt.

3. Die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären, sozialistischen Partei, die eine eigene politische Handlungsfähigkeit erstrebt, besteht auch aus einem anderen Grund. Die starke Verwurzelung bürgerlicher Anschauungen und der weiterhin verbreitete Anti-Kommunismus ergeben sich nicht nur aus den im Bewußtsein noch immer nachwirkenden Erfahrungen des langandauernden kapitalistischen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Möglichkeit eines krisenfreien, sozial abgefederten Kapitalismus mit stetigem Fortschritt der Lebensbedingungen vielen greifbar schien. Die Aufgeschlossenheit der Arbeiterklasse für eine klassenkämpferische Politik hängt auch von der Glaubwürdigkeit bestehender politischer Alternativen zum kapitalistischen System ab. Angesichts der Erfahrungen mit den Verhältnissen in den Ländern des sogenannten »realen Sozialismus« bestehen erhebliche Zweifel an der Behauptung, eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft bringe der Arbeiterklasse tatsächlich Macht und eine grundlegende Verbesserung ihrer Lage. Sicherlich verstärkt die bürgerliche Propaganda und Manipulation diese Vorbehalte. Sie entsprechen aber auch der Tatsache, daß in der DDR, der Sowjetunion und den vergleichbaren Ländern die Arbeiterklasse nicht die politische Macht ausübt, sie elementarer demokratischer Rechte beraubt ist und keine sozialistische Planwirtschaft existiert, welche die Produktion harmonisch entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen entwickelt.

Diese Vorbehalte werden daher nicht einfach mit der zunehmenden Kritik an den hierzulande bestehenden Verhältnissen verschwinden. Dies erfordert eine klare, unmißverständliche Position von revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten in der Ablehnung der Verhältnisse in den »realsozialistischen Ländern«, in denen die Arbeiterklasse nicht herrscht, sondern beherrscht wird. Dies erfordert auch, offensiv aufzuzeigen, daß Kapitalismus oder bürokratische Diktatur eine falsche Alternative ist, daß die wirkliche sozialistische Perspektive tatsächlich Demokratie, Befreiung und politische Macht für die arbeitende Mehrheit der

Bevölkerung bedeuten.

Das heißt nicht, daß wir in die Demagogie der Herrschenden einstimmen, die sich die Zustände in den Ländern des Warschauer Pakts zunutze machen für ihr Geschäft der Rechtfertigung von kapitalistischer (Un-)ordnung und Kriegstreiberei. Wir sind gegen die militärische Einschüchterung und »Rückeroberung« des Ostblocks und gegen die Wiedereinführung einer Marktwirtschaft gegen eine Reprivatisierung der verstaatlichten Industrie. Wir treten aber entschieden ein für die vollen demokratischen Rechte der Arbeiterklasse in diesen Ländern, für die Ersetzung der jetzt dort bestehenden Verhältnisse durch eine demokratisch geplante sozialistische Wirtschaft, durch die Herrschaft der Arbeiterklasse selbst. Das ist alles nur möglich durch den Sturz der heute dort Herrschenden, die sich diesen Zielen aus Eigennutz widersetzen.

5. Die klassenlose Gesellschaft ist nur im Weltmaßstab zu erreichen. Ihre Verwirklichung ist nicht nur gekennzeichnet durch die endgültige Überwindung der Warenproduktion und das Absterben des Staates. Sie stellt auch die Existenz von Nationalstaaten grundsätzlich in Frage. Die Tatsache, daß die klassenlose Gesellschaft nur weltweit zu verwirklichen ist, darf nicht — wie in den RGW-Staaten der Fall — als Argument mißbraucht werden, um der sozialistischen Entwicklung in einem Land willkürlich Grenzen zu setzen. Der Klassenkampf ist seinem Inhalt nach international und seiner Form nach national.

Gegen die multinationalen Konzerne, gegen die Zusammenarbeit der Kapitalisten und bürgerlichen Staaten der verschiedenen Länder, gegen das Ausspielen der Arbeiterinnen und Arbeiter eines Landes gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter der anderen Länder ist die Arbeiterklasse schon heute längst auf internationale Kooperation und Solidarität angewiesen. Wir treten dafür ein, daß die Gewerkschaften die Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg verstärken. Wir betrachten die internationale Solidarität als ständige Aufgabe der ganzen Arbeiterbewegung. Wir streben den Aufbau einer revolutionären, sozialistischen Partei an, die in der Realität des eigenen Landes wurzelt und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit den revolutionären Soziali-

stinnen und Sozialisten aller Länder sucht, um die weltweiten Erfahrungen des Klassenkampfes verarbeiten zu können, den Kampf gemeinsam zu führen und den internationalen Zusammenschluß revolutionärer Arbeiterparteien zu fördern. Hierfür werden nicht nur Fortschritte in der Herausbildung revolutionärer, sozialistischer Parteien in den einzelnen Ländern, sondern auch Einigungsprozesse revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten über Ländergrenzen hinweg notwendig sein.

III. Der Kampf für die Befreiung der Frauen

Die VSP geht davon aus, daß die Frauen als Geschlecht unterdrückt werden. Diese Unterdrückung ist untrennbar mit der Klassengesellschaft und den bestehenden patriarchalischen Verhältnissen verbunden. Diese Unterdrückung stellt eine erhebliche Schwächung der Arbeiterklasse insgesamt dar. Ohne den Kampf für die Befreiung der Frauen kann weder die sozialistische Umwälzung erreicht, noch garantiert werden, daß diese wirklich den Ausgangspunkt für eine umfassende Abschaffung von Unterdrückung und Ausbeutung sein wird.

Auch in der Arbeiterbewegung, ihren revolutionären Teil eingeschlossen, wurden und werden die Frauen unterdrückt. Wir unterstützen die weitere Entwicklung einer unabhängigen Frauenbewegung, weil der Kampf für die Frauenbefreiung nur auf diese Weise wirksam vorangetrieben werden kann. Wir begreifen alle Aspekte der Frauenunterdrückung als zugespitzten Ausdruck der bestehenden Verhältnisse, die wir bekämpfen und überwinden wollen. Es ist daher die Aufgabe der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten, den Kampf gegen die Frauenunterdrückung in allen ihren Aspekten zum wesentlichen Bestandteil ihrer täglichen Politik zu machen. Um diese Arbeit theoretisch und praktisch zu entwickeln, müssen die feministischen Aktivitäten und Ausarbei-

tungen aufgegriffen und verarbeitet werden.

Wir gehen davon aus, daß auch in der eigenen Organisation männliches Verhalten zum Hindernis für die Entwicklung einer offensiven Politik für die Frauenbefreiung und für die Entfaltung der politischen Tätigkeit von Frauen wird. Es ist daher notwendig, eine ständige bewußte Anstrengung zu unternehmen, um diesen Zustand zu bekämpfen und zu überwinden, sowohl durch die politische Erziehung als auch durch besondere organisatorische Maßnahmen wie das Recht der Frauen, sich jederzeit auf allen Ebenen der Organisation unter sich zu treffen und durch die paritätische Quotierung der zentralen Leitungsorgane.

IV. Die Haltung der VSP zu den anderen politischen Kräften in der Arbeiterbewegung

1. Die VSP geht davon aus, daß sie heute in der Bundesrepublik nicht die einzige Organisation mit revolutionär-sozialistischen Positionen ist. Sie geht davon aus, daß neben ihr Organisationen bestehen, deren Politik auf die Arbeiterbewegung als der Hauptkraft der Gesellschaft zielt, die eine revolutionäre Umwälzung dieser Gesellschaft und den Übergang der politischen Macht an die Arbeiterklasse wollen und dies als unvereinbar mit den Verhältnissen in den Ländern des sogenannten »realen Sozialismus« ansehen. Wir halten die Zersplitterung dieser Kräfte in verschiedene Organisationen für ein schädliches Produkt des Sektierertums der revolutionären Linken und streben die Vereinigung dieser Kräfte auf der Grundlage gemeinsamer Praxis im Klassenkampf und klarer programmatischer Zielbestimmung an.

Durch die Vereinigung der revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten kann heute jedoch nur ein Bruchteil der klassenkämpferischen Kräfte organisiert werden. Die Hauptaufgabe bleibt,

die Arbeitervorhut für die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft zu gewinnen.

2. Die Hauptauseinandersetzung, an der sich nach unserer Auffassung in den nächsten Jahren die Herausbildung einer sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung entscheiden wird, ist die um die Frage Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf. Diese Frage stellt sich heute bereits bei jeder kleinen gewerkschaftlichen oder betrieblichen Interessenwahrnehmung der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten und mehr noch bei den Kämpfen gegen Lohn- und Arbeitsplatzabbau, Umweltzerstörung und Kriegsgefahr. Sie ist eine Überlebensfrage der Arbeiterbewegung.

In dieser Auseinandersetzung treffen die revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten auf verschiedene Strömungen in der Arbeiterbewegung, die die bestehenden Formen der Sozialpartnerschaft kritisieren und für mehr Widerstand gegen die Offensive des Kapitals eintreten. Die Entwicklung dieser Strömungen, die aus aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und Aktiven der gesellschaftlichen Massenbewegung bestehen, die sich organisiert oder unorganisiert einem linken Spektrum in der Arbeiterbewegung zugehörig fühlen, einschließlich linker Sozialdemokraten, DKP und Teilen der Grünen, sind für eine revolutionäre Arbeiterpolitik heute von großer Bedeutung. Ihnen gegenüber treten wir für einen vollständigen Bruch mit dem Reformismus ein. Gleichzeitig aber sehen wir in der Ablehnung der Sozialpartnerschaft und in dem Bemühen um die Verbreitung klassenkämpferischer Positionen heute eine wichtige Grundlage gemeinsamer Politik in der Arbeiterbewegung. Die Mobilisierung derjenigen, die die Unvereinbarkeit der Verwirklichung ihrer Interessen am eigenen Leibe spüren ist das entscheidende Mittel einer klassenkämpferischen Politik. Auf dieser Grundlage können gemeinsam neue Erfahrungen gesammelt und die politischen Schlußfolgerungen daraus gezogen werden. Nur so können Fortschritte beim Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Partei erzielt werden.

3. Angriffe der Kapitalisten und der politischen Reaktion richten sich zunehmend auch auf sozialpartnerschaftlich geführte

Gewerkschaften. Diese Angriffe zielen letztlich auf die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung ab. Die VSP wird daher die Gewerkschaften insgesamt gegen die der Arbeiterbewegung gegenüber feindseligen Bestrebungen bürgerlicher Politik verteidigen, auch gemeinsam mit Verfechtern eines sozialpartnerschaftlichen Kurses in den Gewerkschaften. Sie wird gleichzeitig verdeutlichen, daß letztlich nur eine klassenkämpferische Neuorientierung die Kampfkraft der Gewerkschaften und die Errungenschaften der Arbeiterklasse wirksam verteidigen kann. Ebenso wird sie für die Demokratisierung der DGB-Gewerkschaften eintreten, insbesondere für das uneingeschränkte Recht klassenkämpferischer und revolutionär-sozialistischer Kolleginnen und Kollegen, ihren Standpunkt und ihre Vorschläge alternativ zum vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Kurs zu vertreten. Dabei tritt sie gegen jede Beschränkung des Widerstands gegen die Angriffe der Reaktion zur Herstellung oder Wiederherstellung einer Situation des »sozialen Friedens« auf. Jede solche Beschränkung beruht auf Illusionen und ist schädlich. Der Aufkündigung der Sozialpartnerschaft von oben kann nur durch die Entfaltung des Klassenkampfes von unten erfolgreich begegnet werden.

4. Ohne Lösung breiter Teile der Arbeiterklasse vom Einfluß der sozialdemokratischen Partei ist ein Masseneinfluß des revolutionären Sozialismus nicht möglich. Für die Herausbildung einer breiten antikapitalistischen Strömung in der Arbeiterbewegung ist der Differenzierungsprozeß, der sich anhand der Kritik der Sozialpartnerschaftskonzeption vollzieht, auch parteipolitisch von grundlegender Bedeutung. Die Sozialdemokratie hat sich unwiderruflich an die Kette der bürgerlichen Verhältnisse gelegt. Gleichzeitig wird sie von der Mehrheit der organisierten Arbeiterklasse gegen die Parteien des Kapitals gestützt. Nur in dem Bemühen, die gemeinsame Aktion, wo immer möglich, gegen das Kapital, seinen Staat und seine Parteien herzustellen, kann die politische Überzeugung der Anhängerinnen und Anhänger der SPD für revolutionär-sozialistische Positionen Raum greifen.

5. Die Grünen leisten eine bestimmte Kritik am Kapitalismus. Sie konnten bislang in beträchtlichem Umfang antikapitalistische

Stimmungen und Kritik an konkreten Resultaten der kapitalistischen Produktionsweise gegen die etablierten Parteien politisch zum Ausdruck bringen und in Wahlerfolge ummünzen. Sie stellen eine Reihe richtiger Forderungen in Einzelfragen auf. Teile der Grünen streben eine radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse an im Sinne ökologischer und selbstverwalteter Produktion und direkter Massendemokratie.

Unter diesen Umständen sind viele der Ansicht, daß durch die Existenz der Grünen die Bestrebungen zur Schaffung einer Massenpartei des revolutionären Sozialismus überflüssig geworden sei.

Die VSP teilt nicht diese Auffassung. Sicher muß alle von den Grünen richtig entwickelte Kritik an den herrschenden Verhältnissen aufgegriffen werden; sicher ist die Diskussion insbesondere mit den uns politisch am nächsten stehenden Teilen der Grünen von besonderer Bedeutung. Die Grünen sind jedoch keine Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse und deren Kampf für ihre Selbstbefreiung politisch vertritt. Sie wollen dies auch nicht sein. Die Bestrebungen zur Schaffung einer revolutionär-sozialistischen Partei müssen vom entscheidenden Gegensatz der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgehen.

Die revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten können ihre Organisation nur als Teil der Arbeiterbewegung, praktisch in erster Linie in der Arbeiterklasse aufbauen, in der einzigen Klasse, die ernsthaft die Machtfrage aufwerfen kann. Sie wissen auch, im Gegensatz zur Grünen Partei, daß kein Problem wirklich und auf Dauer gelöst werden kann ohne radikalen Bruch mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und ihrem Staat.

Vereinbarungen zur Frage der Vierten Internationale

1. Mit der Vereinigung von GIM und KPD zur VSP löst sich die GIM als Sektion der Vierten Internationale auf.
2. Die Ex-Mitglieder der GIM sind dann individuelle Mitglieder der Vierten Internationale. Sie unterliegen nicht der Disziplin der Vierten Internationale, sondern der Disziplin der Vereinigten Sozialistischen Partei.
3. Die individuelle Mitgliedschaft in der Vierten Internationale drückt sich aus in der Unterstützung der Herausgabe von INPREKORR als Organ des Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale in der BRD. Mitglied der Vierten Internationale ist, wer Mitglied der VSP ist und gleichzeitig ein Mitgliedsabonnement (d.h. ein Abonnement mit einem Aufpreis gegenüber einem normalen Abo oder einem normalen Förder-Abo) von INPREKORR bezieht. INPREKORR erscheint juristisch und materiell unabhängig und getrennt von der VSP.
4. Die individuellen Mitglieder der Vierten Internationale in der VSP haben das Recht, von INPREKORR aufgerufen, sich zu treffen, um über Angelegenheiten der Vierten Internationale zu sprechen und zu entscheiden — im Rahmen dieser Vereinbarungen und im Rahmen der Disziplin der VSP.
5. Es gibt keine Mitglieder der VSP, die zugleich gewählte Mitglieder der Leitungsorgane (Internationales Exekutivkomitee/IEK bzw. Vereinigtes Sekretariat/VS) der Vierten Internationale sind.
Die Mitglieder der Vierten Internationale in der VSP verzichten auf eine entsprechende Forderung und werden auf der nächsten Sitzung des IEK keine Kandidaten zur Wahl in diese Leitungsgremien aufstellen (bzw. sie werden die bisher gewählten zurückziehen).